

24. April 1974

Chile, Konsolidierung kommerzieller Aussenschulden

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 3. April 1974 (Beilage)

Politisches Departement. Mitbericht vom 11. April 1974

(Zustimmung)

Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 11. April 1974

(Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartements wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
2. Die Handelsabteilung wird beauftragt und ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Politischen Departement und dem Finanz- und Zolldepartement mit Chile ein entsprechendes Abkommen über die Konsolidierung chilenischer Schulden gegenüber schweizerischen Gläubigern abzuschliessen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit zur Unterzeichnung des Abkommens die notwendige Vollmacht auszustellen.
4. Wie bisher wird eine nachträgliche Gewährung der Exportrisikogarantie für allfällig nicht versicherte schweizerische Exporte gestattet, wenn die Voraussetzungen dazu und für den Einbezug in das Konsolidierungsabkommen erfüllt sind.
5. Dem vorgelegten Entwurf zu einer Mitteilung an die Presse wird zugestimmt.

Protokollauszug an:

- EVD 16 (Chef, GS 5, HA 10) zum Vollzug mit Vollmacht
- EPD 6 zur Kenntnis
- FZD 9 " "
- EFK 2 " "
- Fin.Del. 2 " "

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:

Sauter



Nicht für die Presse

Bern, den

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Chile.861.5

Chile - Konsolidierung kommerzieller Aussenschulden

1. Die prekäre Zahlungsbilanzlage veranlasste die chilenische Regierung im November 1971 den Transfer von Zahlungen an das Ausland einzustellen und den Gläubigerländern die Konsolidierung von Aussenschulden vorzuschlagen. Aufgrund dieses Begehrens und nach Prüfung der Lage hatten Experten der im "Pariser-Klub" vertretenen Industriestaaten 1972 beschlossen, ihren Regierungen die Umschuldung von zwischen anfangs November 1971 und Ende 1972 fälligen Zahlungen (Kapital und Zins) aus kommerziellen Krediten und Regierungsdarlehen zu empfehlen. Alle beteiligten Gläubigerländer unterzeichneten seither entsprechende bilaterale Verträge; die Schweiz am 28. Juli 1972. Der Chile von der Schweiz gewährte Konsolidierungskredit beträgt 11,4 Millionen Franken.

Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung Chiles auf längere Sicht waren damals nicht möglich. Im Einvernehmen mit der chilenischen Regierung wurde deshalb die Prüfung der Lage im Hinblick auf eine allfällige Konsolidierung von Zahlungsverpflichtungen der Jahre 1973 und 1974 für später in Aussicht genommen. Konsultationen darüber fanden in der Folge im Januar und Juli 1973 statt. Auf Antrag Chiles wurde ihre Fortsetzung jeweils

verschoben; im Januar auf einen Zeitpunkt nach den chilenischen Parlamentswahlen; im Juli bis in den Spätherbst, um der damaligen Regierung die von ihr gewünschte Zeit zur Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Sanierungsplanes einzuräumen. Inzwischen blieben die Schulden seit anfangs Januar 1973 unbezahlt.

Das von Chile im Januar 1973 gestellte Begehren erstreckte sich auf 95 % der Rückzahlungsverpflichtungen 1973 und 1974 aus kommerziellen Krediten und Regierungsdarlehen. Für die Amortisation des entsprechenden Konsolidierungskredites wurde eine Frist von zwölf Jahren, einschliesslich vier Jahre Karenzfrist, verlangt. Schweizerischerseits bestand Bereitschaft, diesem Begehren gegenüber eine flexible Haltung einzunehmen, d.h. sich den gemeinsamen Empfehlungen des "Pariser-Klub" erneut anzuschliessen.

2. Die neue chilenische Regierung hat einen Sanierungs- und Stabilisierungsplan ausgearbeitet, der Massnahmen zur Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Probleme enthält. Der Plan wurde von Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) als ein zu diesem Zwecke geeignetes Instrument bezeichnet. In seinem Rahmen hat sich die chilenische Regierung zur Einhaltung einer Wirtschaftspolitik verpflichtet, welche die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit ermöglichen soll. Die Massnahmen erstrecken sich insbesondere auf den Staatshaushalt, die Fiskal-, die Lohn- und Wechselkurspolitik sowie die Wiederingangsetzung und Steigerung der Produktion. Die Rückgabe eines Teils der enteigneten Firmen und landwirtschaftlichen Betriebe ist bereits im Gange. Im übrigen wurden Verhandlungen über die Entschädigung der früheren Besitzer von in Staatsbesitz verbleibenden Unternehmen aufgenommen. Sie haben in einigen Fällen bereits zum Abschluss von Verträgen geführt. Auch einige schweizerische Interessen sind dabei im Spiele, indessen liegen zurzeit keine Begehren auf Interventionen der schweizerischen Behörden vor.

Der Sanierungs- und Stabilisierungsplan diene der Leitung des IWF als Basis für den Entschluss, Chile einen stand-by-Kredit in der Höhe von 95 Millionen Dollar einzuräumen.

Nach den Feststellungen der IWF-Experten ist die Zahlungsbilanzlage des Jahres 1974 sehr prekär. Wenn auch viele Unsicherheitsfaktoren, wie z.B. die Entwicklung der Produktion und des Preises beim Kupfer, eine exakte Berechnung erschweren, so ist doch ein Defizit von etwa 900 Millionen Dollar vorauszusehen. Bis Ende 1974 werden Aussenschulden, inkl. die 1973 nicht bezahlten, im Betrage von 740 Millionen Dollar zu begleichen sein. Der Fehlbetrag der Zahlungsbilanz soll u.a. durch Kredite internationaler Finanzierungsinstitute, privater Banken und Lieferanten gedeckt werden, wobei bezüglich der Neuverschuldung Zurückhaltung geübt wird. Eine wesentliche Entlastung soll indessen durch die Verschiebung von Zahlungsterminen kommerzieller Schulden im Betrage von total 538 Millionen Dollar erreicht werden. Die Guthaben der Gläubigerländer des "Paris-Klub" werden auf 434 Millionen Dollar geschätzt.

3. Experten der im "Pariser-Klub" vertretenen Industriestaaten,<sup>1)</sup> im Beisein von Repräsentanten internationaler Finanzierungsinstitute und der OECD, haben ihre Konsultationen im Februar 1974 wieder aufgenommen. Sie sind am 25. März 1974, einvernehmlich mit chilenischen Regierungsvertretern, zum Schlusse gekommen, ihren Regierungen die Konsolidierung chilenischer Zahlungsverpflichtungen (Kapital und Zins) der Jahre 1973 und 1974 aus garantierten kommerziellen Krediten mit über einem Jahr Laufzeit sowie aus Regierungsdarlehen zu empfehlen, die vor Ende 1973 eingeräumt wurden. Der Konsolidierungskredit von 80 % soll in 14 Semesterraten ab 1. Januar 1977 zurückbezahlt werden. Da Chile nicht über die Mittel verfügt, um die restlichen 20 % sofort zu begleichen, sollen ihm drei Raten, zahlbar in den Jahren 1974 - 1976, zugestanden werden.

1) Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Japan, Kanada, Niederlande, Schweden, Schweiz, Spanien, USA

Im Spätherbst 1974 soll die Lage im Hinblick auf die mögliche Konsolidierung von Zahlungsverpflichtungen des Jahres 1975 erneut geprüft werden.

Motiviert wurden die gemeinsamen Empfehlungen an die Regierungen vor allem durch das Interesse an der Wiederaufnahme der Zahlungen an die Gläubiger und an der Wiederherstellung der allgemeinen Zahlungsfähigkeit Chiles.

Die chilenischen Vertreter bestätigten den Willen ihrer Regierung, sämtliche Aussenschulden anzuerkennen und zu tilgen. Sie anerkenne ferner den Grundsatz einer angemessenen Entschädigung für Nationalisierungen nach Massgabe des chilenischen und des internationalen Rechts.

Der Text des "procès verbal agréé" des "Pariser-Klub" liegt bei.

Die Vertreter der Niederlande und, in zurückhaltender Weise, auch Schwedens haben im "Pariser-Klub" die Frage der Respektierung der Menschenrechte in Chile zur Diskussion gestellt. Dieser ist jedoch ausschliesslich ein Forum für die Behandlung technischer Probleme im Zusammenhang mit Konsolidierungen. Für die Erörterung der aufgeworfenen Frage sind andere Gremien zuständig. Um jedoch die Einstimmigkeit im "Pariser-Klub" zu wahren, ermächtigen die Vertreter der Gläubigerländer den Vorsitzenden zur Abgabe einer mündlichen Erklärung an die Adresse der chilenischen Regierung. Darin wird auf die Zweckmässigkeit der Wiederherstellung eines Klimas des internationalen Vertrauens hingewiesen, das die allgemeine Respektierung von Rechten aller Art erfordert. Der Wortlaut der diesbezüglichen mündlichen Erklärung des Vorsitzenden an die Presse liegt bei.

4. Was die Konsolidierung ausstehender Forderungen schweizerischer Gläubiger anbetrifft, so klärt die Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie gegenwärtig den genauen Umfang der Fälligkeiten der Jahre 1973 und 1974 aus garantierten schweizerischen Krediten ab. Der Betrag dürfte bei 23 Millionen Franken liegen.

Wie bereits anlässlich der 1972 (BRB vom 12. Juni und 23. August 1972) getroffenen Regelung, wird eine nachträgliche Gewährung der Exportrisikogarantie für nicht versicherte schweizerische Exporte in Aussicht zu nehmen sein. Es wird sich voraussichtlich nur um Fälligkeiten im Betrage von insgesamt 1,9 Millionen Franken aus Kriegsmateriallieferungen handeln, wofür seinerzeit eine entsprechende Zusicherung auf Grund des Bundesratbeschlusses vom 11. Januar 1966 abgegeben worden war.

Ein gemeinsames Pressecommuniqué des "Pariser-Klub" wurde am 25. März 1974 in Paris veröffentlicht. Die Handelsabteilung liess der Presse am 27. März 1974 eine weitere Mitteilung zugehen. Es ist vorgesehen, die Presse auch über den Entscheid des Bundesrates zu informieren. Der Entwurf für ein entsprechendes Communiqué liegt bei.

Durch Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen vom 17. März 1966 (AS 1966 893), verlängert durch Bundesbeschluss vom 18. März 1970 (AS 1970 1707), ist der Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen der vorstehenden Art ermächtigt.

Gestützt auf diese Ausführungen beehren wir uns, Ihnen zu

b e a n t r a g e n :

1. vom vorstehenden Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen;
2. die Handelsabteilung zu beauftragen und zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Politischen Departement und dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement mit Chile ein entsprechendes Abkommen über die Konsolidierung chilenischer Schulden gegenüber schweizerischen Gläubigern abzuschliessen;
3. die Bundeskanzlei zu beauftragen, die zu gegebener Zeit zur Unterzeichnung des Abkommens notwendige Vollmacht auszustellen;

4. wie bisher eine nachträgliche Gewährung der Exportrisikogarantie für allfällig nicht versicherte schweizerische Exporte zu gestatten, wenn die Voraussetzungen dazu und für den Einbezug in das Konsolidierungsabkommen erfüllt sind;
5. dem beiliegenden Entwurf zu einer Mitteilung an die Presse zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilagen:

- Procès verbal agréé des "Pariser-Klub"
- Presseerklärung des Vorsitzenden des "Pariser-Klub"
- Entwurf zu einer Mitteilung an die Presse

P.A.

- 7 -

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Chef, Generalsekretariat) (5)  
 Handelsabteilung (10)  
 Eidg. Politisches Departement (6)  
 Eidg. Finanz- und Zolldepartement (Finanzverwaltung) (3)

Kopie an:

Eidg. Politisches Departement (6)  
 Eidg. Finanz- und Zolldepartement (Finanzverwaltung) (3)  
 Schweizerische Botschaften in Santiago und Washington  
 Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris  
 Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie, Zürich  
 Schweizerische Nationalbank, Zürich

HH. Botschafter Jolles, Direktor  
 Botschafter Thalmann, Generalsekretär des EPD  
 Botschafter Heimo, Delegierter für technische Zusammenarbeit EPD  
 Minister Gelzer, EPD  
 Zwahlen, EPD  
 Dr. Bruno Müller, stellvertretender Direktor, Eidg. Finanzverwaltung  
 Botschafter Rothenbühler, Languetin, Probst, Jacobi  
 Minister Moser, Dunkel  
 Vizedirektor Hofer,  
 Stae  
 Lo, Ae, Mr, Gro



PROCES-VERBAL AGREE RELATIF A LA  
CONSOLIDATION DES DETTES CHILIENNES.

1.-Les représentants des gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne, de la Belgique, du Canada, du Danemark, de l'Espagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la France, du Japon, des Pays-Bas, du Royaume-Uni, de la Suède et de la Suisse, ci-après désignés "pays participants" se sont réunis à PARIS les 21,22 et 23 février et 25 mars 1974 pour étudier avec les représentants du gouvernement chilien sa demande d'un allègement du service de la dette extérieure du Chili, compte tenu des perspectives de la balance des paiements de ce pays au cours des prochaines années. Des représentants du Fonds Monétaire International, de la Banque Internationale pour la Reconstruction et le Développement, de la Banque Interaméricaine de Développement et de l'Organisation de Coopération et de Développement Economique ont assisté à la réunion. La Norvège était également représentée par un observateur.

2.-Les représentants chiliens ont exposé les grandes lignes du programme économique et financier de leur gouvernement et de l'accord de stand-by auquel il est parvenu avec le Fonds Monétaire International, conformément aux souhaits exprimés par les pays susmentionnés au cours des précédentes réunions et qui implique des engagements précis tant dans le domaine de l'assainissement financier interne que du contrôle de l'endettement extérieur du pays et du retour à une politique de taux de change flexible, unifié et réaliste.

3.-Les représentants des pays participants sont convenus de recommander que leurs gouvernements ou leurs institutions gouvernementales appropriées mettent à la disposition du gouvernement chilien les sommes représentant 80 % du montant en principal et intérêts, des dettes envers ces pays arrivant à échéance entre le 1er janvier 1973 et le 31 décembre 1974 au titre:

A-D'une part des crédits commerciaux garantis par les organismes appropriés ou les gouvernements des pays intéressés ayant fait l'objet d'un contrat conclu avant le 31 décembre 1973 et prévoyant des paiements échelonnés sur une période supérieure à un an.

B-D'autre part des prêts gouvernementaux ou d'organismes gouvernementaux déjà conclus au 31 décembre 1973 pour lesquels la durée de remboursement est inférieure à 40 années et à l'exception des prêts consentis au titre d'une précédente consolidation de dettes.

-Les modalités de la mise à la disposition de ces sommes seront déterminées par des accords bilatéraux à conclure par chacun des pays participants avec le gouvernement chilien sur la base des principes suivants:

a) Les accords bilatéraux prévoieront la mise à la disposition du gouvernement chilien en 1974 des sommes prévues proportionnellement aux paiements échus ou venant à échéance au cours de la période définie ci-dessus et au fur et à mesure de ces paiements.

b) Pour tenir compte du fait que le Chili devrait supporter la charge en 1974 de 20 % du montant en principal et intérêts des échéances visées ci-dessus non seulement pour l'exercice 1973 mais encore pour l'exercice 1974, il s'acquittera de ces règlements en trois versements: 5 % en 1974, 5 % en 1975 et 10 % en 1976.

c) Le montant de la partie des échéances dont le Chili continuera à assurer le service pourra, au gré de chaque pays participant, être affecté en tout ou partie au règlement prioritaire des intérêts.

d) Le taux et les conditions de l'intérêt à verser au titre de l'aide financière seront fixés bilatéralement entre le Chili et chacun des pays participants.

e) Le remboursement par le Chili des sommes mises à sa disposition au titre du présent procès-verbal sera effectué en quatorze semestrialités égales, le premier versement intervenant le 1er janvier 1977.

f) Le gouvernement chilien accordera à chacun des pays participants un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qu'il accordera éventuellement à tout autre pays créancier pour la consolidation de dettes de terme comparable. Les pays latino-américains ou les pays qui n'ont pas été représentés à la présente réunion ne sont pas exclus de l'application de la présente disposition.

g) Les dispositions prévues au paragraphe précédent ne s'appliquent pas aux pays dont les créances en principal et intérêts payables au cours de la période de refinancement sont inférieures à 1 million de dollars.

h) Chaque pays participant allègera la dette extérieure du Chili selon les règles qu'il fixera dans les accords bilatéraux à conclure et qui feront appel selon les cas à un financement ou à un refinancement.

- Les représentants chiliens ont déclaré que les dispositions de principe énoncées ci-dessus constituaient une base acceptable pour les négociations bilatérales que leur gouvernement est prêt à ouvrir immédiatement.

4.-La délégation chilienne a déclaré que, conformément à sa politique, le gouvernement chilien a décidé:

A-1<sup>o</sup>) qu'il reconnaissait la validité de toutes les dettes qui ont été contractées ou garanties par le gouvernement chilien par des organismes publics chiliens et des entreprises mixtes chiliennes et des entreprises privées avec la garantie de l'Etat, avec des entreprises privées, des organismes publics ou des agences gouvernementales des pays participants, quelle que soit la nature de ces dettes ou le secteur d'activité concerné

2<sup>o</sup>) qu'il remboursera les dettes décrites au paragraphe précédent selon l'accord des deux parties et en fonction des possibilités de la balance des paiements du Chili. Dans ce but, des négociations seront ouvertes pour déterminer les modalités financières appropriées.

B- qu'il poursuivra des négociations directes en vue de trouver une solution à bref délai aux problèmes qui peuvent se présenter en ce qui concerne les règlements d'indemnisations, entre le gouvernement chilien et les gouvernements des pays intéressés ou leurs nationaux.

C- qu'il accordera, en cas de nationalisation, une juste indemnisation en conformité avec la législation chilienne et le droit international dont les principes sont contenus dans la résolution 1803 des Nations-Unies.

5.-Les représentants des pays créanciers attirent l'attention du gouvernement chilien sur l'importance qu'ils accordent à cette déclaration pour toute nationalisation passée ou à venir.

6.-Les représentants du Chili ont déclaré qu'en raison de la politique d'assainissement financier qui est poursuivie, leur gouvernement ne demandera pas un allègement de dette sur les contrats visés par le présent procès-verbal conclus postérieurement au 31 décembre 1973 et garantira la libre transférabilité des règlements relatifs aux crédits commerciaux et aux prêts gouvernementaux couverts par les présentes dispositions.

7.-Les représentants chiliens ont exprimé le désir de leur gouvernement d'obtenir des pays participants l'ouverture de négociations relatives aux échéances de 1975 des créances concernées par le présent accord. Les pays participants ont accepté d'examiner le problème en novembre 1974 et de le traiter en fonction de l'évolution de la situation économique et financière du Chili. Ils examineront aussi l'accomplissement de tous les engagements figurant au présent procès-verbal.

8.-Les représentants du gouvernement chilien ont également demandé aux représentants des pays participants de prendre note de la demande de leur gouvernement de procéder ultérieurement à un examen du problème du rééchelonnement éventuel à long terme de la dette chilienne.

DECLARATION VERBALE DU PRESIDENT A LA PRESSE EN COMPLEMENT DU  
COMMUNIQUE DE PRESSE

---

Le Club de Paris ne traite que de questions d'ordre technique et la consolidation d'une dette extérieure lorsqu'elle implique des règlements immédiats et des reports de dettes à des conditions proches des normes commerciales ne peut être considérée comme une mesure d'aide. Toutefois, la conclusion d'un accord multilatéral entre plusieurs Etats représentant en soi un acte international, le problème du respect des droits de toute nature au Chili a été soulevé. Les représentants des pays membres du Club de Paris ont évoqué à cet égard les conditions souhaitables pour encourager un climat de confiance internationale et ils ont constaté que cette question du respect des droits est étudiée dans les organisations internationales compétentes.

## ENTWURF ZU EINER MITTEILUNG AN DIE PRESSE

### Schuldenkonsolidierung Chile

Der Bundesrat hat heute die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes ermächtigt, mit Chile, im Anschluss an die Vereinbarung von 1972, ein weiteres Abkommen über die Konsolidierung chilenischer Schulden gegenüber schweizerischen Gläubigern zu schliessen.

Zur Anwendung gelangen die Modalitäten, die von Vertretern der meisten Gläubigerländer am 25. März 1974 im sogenannten "Pariser-Klub"<sup>1)</sup> festgelegt wurden. Darnach werden 80 % der Forderungen schweizerischer Gläubiger (Kapital und Zins) der Jahre 1973 und 1974 aus den von der Exportrisikogarantie gedeckten kommerziellen Krediten konsolidiert. Die Rückerstattung durch die chilenische Regierung hat in 14 Semesterraten ab 1. Januar 1977 zu erfolgen.

Die Konsolidierungsoperation ermöglicht die Wiederaufnahme der chilenischen Zahlungen an die Gläubiger. Die betroffenen schweizerischen Forderungen belaufen sich auf etwa 23 Millionen Franken.

1) Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Japan, Kanada, Niederlande, Schweden, Schweiz, Spanien, USA.

PROJET DE COMMUNIQUE DE PRESSE

Consolidation de dettes chiliennes

Le Conseil fédéral a autorisé ce jour la Division du commerce du Département fédéral de l'économie publique à conclure avec le Chili, à la suite de l'arrangement de 1972, un nouvel accord sur la consolidation de dettes chiliennes à l'égard de créanciers suisses.

Les modalités de cet accord seront celles qui ont été mises au point le 25 mars 1974 au sein du "Club de Paris"<sup>1)</sup> par les représentants de la plupart des pays créanciers. Elles prévoient la consolidation de 80 % des créances suisses (capital et intérêt) échéant en 1973 et 1974, résultant de crédits commerciaux couverts par la garantie contre les risques à l'exportation. Le remboursement sera opéré par le gouvernement chilien en 14 semestrialités à partir du 1<sup>er</sup> janvier 1977.

L'opération de consolidation permet la reprise des paiements chiliens aux créanciers. Le montant des créances suisses touché s'élève à environ 23 millions de francs.

1) République fédérale d'Allemagne, Belgique, Canada, Danemark, Espagne, Etats-Unis d'Amérique, France, Japon, Pays-Bas, Royaume-Uni, Suède et Suisse.